

Die Halle... 25 Pf. ...

Der Redakteur... 11/100...

Saale-Zeitung.

Dreizehnter Jahrgang.

Wenden die... 20 Pf. ...

Mr. 201.

Halle a. S., Sonnabend, den 1. Mai.

1909.

Die Wertzuwachssteuer in der Reichstagsfinanzkommission.

(Müller-Meinungen und Spchow über das Steuerprojekt.) Im Vorbericht... Die Verhandlungen über diese strittige Frage wurden nun in der gestrigen Finanzkommissionssitzung des Reichstages fortgesetzt.

Dr. Müller-Meinungen

begünstigt zunächst die energische Erklärung des Reichsfinanzsekretärs, die allerdings besser schon vor einigen Monaten abgegeben wäre. Die harmlose Idee der wechselnden Majoritäten ist wohl jetzt endgültig aufgegeben.

Abg. Raab befrwortete, wie bereits gestern kurz telegraphisch berichtet, namens der Wirtschaftlichen Vereinigung die Wertzuwachssteuer nicht als Ersatz, sondern neben der erweiterten Erbschaftsteuer.

Reichsfinanzsekretär Spchow

erklärte sich nunmehr zu den vorliegenden Anträgen. Mit dem nationalliberalen Antrag hinsichtlich der Erbschaftsteuer und deren Ergänzung durch die Wertzuwachssteuer auf Immobilien sei er materiell einverstanden, nur bedauere er ferner besondere Vorlage; hinsichtlich der Immobilienwertzuwachssteuer könne er noch nicht namens der verbündeten Regierungen, wohl aber seitens der Reichsfinanzverwaltung zumit kommen. Gegen den freisinnigen Antrag, soweit er die Vermögenssteuer betreffe, müsse er aus den oft angeführten Gründen sich mit aller Entschiedenheit aussprechen. Der sozialdemokratische Antrag auf Ablehnung aller Vermögenssteuern erschlößere die ganze Basis der Finanzreform und sei natürlich unannehmbar.

Nunmehr ergriß Dr. Spahn namens des Zentrums das Wort. Er halte es für falsch, daß der Reichsfinanzsekretär sich in dieser scharfen Weise mit der Erbschaftsteuer für solbbarlich erklärte, wenigstens, wenn er nicht sicher sei, die genügenden Stimmen im Plenum des Reichstages zu finden. Wenn sie falle, werde ihr kein Mensch nachweinen. Die Kundgebungen hätten doch höchstens insofern Wert, als sie eine allgemeine Sorge um die finanziellen Verlegenheiten bewiesen. Empathisch sei ihm an dem konservativen Antrag vor allem, daß er eine indirekte Reichsteuer auf Vermögenssteuern enthalte. Er zweifle nicht, daß es möglich wäre, eine Wertzuwachssteuer nicht nur auf Immobilien sondern auch auf Wertpapiere auszuführen. Der Reichsfinanzsekretär solle sich nicht auf seinen Standpunkt verlassen, wenn er die Finanzreform durchbringen wolle. Seine politischen Freunde würden für den Antrag Rückstade eintreten.

Der Reichsfinanzsekretär erklärte hierauf, der Abgeordnete Spahn habe seine gefälligen Ausführungen sehr richtig verstanden, daß es nach Ansicht der verbündeten Regierungen eine andere allgemeine Reichsteuer auf den Besitz als die Erbschaftsteuer nicht gäbe.

Der letzte Redner vor der Mittagspause war Abg. Mommien (ein. freis. Vgl.). Die konservative Partei könne, solange sie an ihrem negativen Standpunkt, wie ihn Herr v. Muthlachs erklärt habe, festhalte, nicht zu den Parteien gerettet werden, die die Finanzreform wollen. Die freistellen zu können, sei für die Linke das Ergebnis des gestrigen Tages. Die Freisinnigen seien fest entschlossen,

gegen jede Steuererhöhung zu stimmen, wenn eine auszeichnende allgemeine Erbschaftsteuer nicht zustande komme. Auch die Freisinnigen finden dem Gedanken einer Zuwachssteuer auf Immobilien imphatisch gegenüber und würden bei Ablehnung ihres Antrages auf Einführung einer Vermögenssteuer für den zweiten Teil des Antrages Weber (natl.) stimmen. Sollte die Zuwachssteuer aber eingeführt werden, so würde er mit aller Energie darauf dringen, daß die Berechnung bei einer genügend weit zurückliegenden Zeit beginne, also vor dem letzten Zolltarif. Im weiteren Verlaufe seiner Rede brauchte Abg. Mommien bei der Kritik des konservativen Antrages sehr scharfe Ausdrücke, die einen persönlichen Zusammenstoß zwischen ihm und dem Abg. Grafen Westarp herbeiführten.

Was

die Abstimmung

anbetrifft, so rechnete man in der Finanzkommission mit der Annahme des konservativen Antrages Dietrich und Genossen (Wertzuwachssteuer auf Immobilien und Erbschaften), da sich die drei sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission der Abstimmung enthalten wollten.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Nach einer Meldung der „Agentia Stefani“ aus Rorfu wird am 12. Mai in den Gemächern von Brindisi eine Begegnung des Deutschen Kaisers und der Kaiserin mit dem König und der Königin von Italien stattfinden.

Rüst-Bälou in schwieriger Lage.

In parlamentarischen Kreisen ist man, wie aus sicherer Quelle verlautet, mehr denn je zum Ernst der innerpolitischen Lage überzeugt. Die divergierenden Ansichten innerhalb der Parteien über das Zustandekommen der Reichsfinanzreform lassen vorläufig noch nichts Gesprochenes erhoffen und dürften erst, nach dem Reichstagsanfang müde machen. Daß nun dieser demissionären wird, hängt, so meint man, indessen einzig und allein davon ab, ob die Konservativen entschlossen gegen ihn Front machen. Hieran will man jedoch nicht recht glauben: Die Konservativen wissen nicht, wer an Bälou's Stelle treten wird, und der jetzige Kanzler war doch zuweilen recht nach ihrem Geschmack.

Geschenkurf

einer Reichsversicherungsordnung.

Zur Begutachtung des Gesentwurfes einer Reichsversicherungsordnung findet heute in Kassel eine Konferenz sämtlicher Vorsitzender der deutschen Invaliditäts- und Lebensversicherungsanstalten statt, die insbesondere den für die Kranken-, Invaliditäts- und Unfallversicherung vorgeschlagenen gemeinsamen behelflichen Unterbau der Versicherungsämter eingehend behandeln soll. Den vertraulichen Vorverhandlungen wohnten als Vertreter des Staatssekretärs Dr. v. Bethmann-Hollweg der Ministerialdirektor Geheimrat Casdagh (Berlin) sowie Vertreter des Reichsversicherungsamtes bei. Die Landtagsabgeordneten Dr. Schröder (Kassel) und Geheimrat Reßl (Müßelbord) wurden zu Referenten bestimmt.

Vertragung des Prozesses Harden-Stäbde.

Von dem Münchener Schöffengericht war, wie wir seinerzeit berichteten, der Redakteur Staebde von der „Neuen Freien Volkszeitung“ zu einer Geldstrafe von hundert Mark entl. zehn Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil er das gänzlich haltlose Gerücht verbreitet hatte, Harden hätte vom Fürsten Philipp Eulenburg erhalten. Staebde legte Berufung ein, es wurde für den 6. Mai ein neuer Termin zur Hauptverhandlung vor der Münchener Strafkammer anberaumt. Nunmehr ist der Berufungsprozess auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Wie verlautet, will die Münchener Strafkammer erst abwarten, welche Entscheidung das Reichsgericht in der jetzt schwebenden Revision des Wolff-Harden-Prozesses fällt.

Allgemeine Mitteilungen.

Der große Vektor D. v. Bodolffswing hat in der vergangenen Woche einen seltsamen Schlaganfall erlitten. Die Teilnehmer des Landesrätlichen Informations-Kurses hatten in der vergangenen Woche die Bodolffswing'sche Arbeiterkolonie Hoffenstall besucht und dabei für die neuerrichtete Frauenkolonie bei Ertner gesammelt. D. v. Bodolffswing konnte dafür nicht selber danken, vielmehr kam von der Familie an dem Leiter des Kurses, Oberkonsistorialrat Bogemann, die Mitteilung von dem unglücklichen Befinden Bodolffswings.

Heer und Flotte.

Deutsche Kriegsschiffe in den vorderasiatischen Gewässern. Bei den recht bedeutlich lautenden Meldungen aus den Hafenstädten Klein-Asiens muß es im Interesse der dortigen Reichsangehörigen beruhigend wirken, daß in wenigen Tagen ein zweiter deutscher Kreuzer, die „Stettin“, an den jüdischen Küsten eintreffen wird.

Preußischer Landtag.

Sitzung vom Freitag, 30. April.

Am Ministertisch: Abg. v. Rheinbaben, Schwarzhoff. Präz. Zehr. u. Manteluff eröffnet die Sitzung 12 Uhr 20 Min. Auf der Tagesordnung steht ein Antrag v. Gulest-Dechheim um Genehmigung zur Einleitung einer Unterdrückung gegen sich selbst wegen Beleidigung während der gegenwärtigen Session.

Zehr. v. d. Rede.

Sehr v. Gulest soll in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher gelegentlich eines Brandes seinen Feuerwehmann der Pflichterführung beledigt haben. Die Veranlassung zu seinem Antrag liegt darin, daß er unmittelbar nach Schluß dieser Session eine längere Reise zu unternehmen gedenkt. Ihre Geschäftsverteilungskommission beauftragt, dem Wunsche des Herrn v. Gulest entgegenzukommen, zu genehmigen, Herrn v. Gulest wegen des Falles noch während der Session zur Unterdrückung zu ziehen. (Heiterkeit.)

Das Haus beschließt demgemäß. Der Gesentwurf betr. die Erweiterung des Stadtkreises Müßelbord wird beibehalten genehmigt.

Hierauf gibt Präsident Zehr. v. Manteluff folgendes Telegramm des Zentralverbandes der Gemeindebeamten Preußens bekannt:

Wir bitten, folgende Erklärung entgegenzunehmen zu wollen: Herr Abg. Hamecher hat in der Budgetkommissionssitzung vom 23. April erklärt, er glaube, daß der Deutsche Beamten- und Beziehungen zum Kommunalbeamten-Verband habe. Wir versichern, daß der 28 000 Mitglieder zählende Zentralverband der Gemeindebeamten Preußens zu dem Deutschen Beamten- und in keiner Beziehung weder getandten noch fest, daß der Zentralverband an dem sogenannten Deutschen Beamten- und in Berlin nicht beteiligt war und daß er, ob schon eingeladen, als solcher eine Beteiligung ausdrücklich abgelehnt hat. Danach war selbstverständlich kein Gemeindebeamter beauftragt, im Namen sämtlicher Gemeindebeamten irgendwelche Erklärungen abzugeben. Gegenteilige Annahmen und Unterstellungen müssen wir entschieden zurückweisen. Zentralverband der Gemeindebeamten Preußens. Stephan, Vorsitzender. (Redakter Briefblatt.)

Es folgt

die Beratung des Gesentwurfes betr. die Berechtigung von Mitteln zu Einkommensverbesserungen (Manteluff).

Die Herrenhauskommission hat in diesem Manteluff die Wohnungsgeldzuschüsse, die ursprünglich in einem besonderen Wohnungsgeldzuschußgesetz enthalten waren, eingearbeitet und hat weiter für die Bestimmungen über den Wohnungsgeldzuschuß die rückwirkende Kraft vom 1. April 1908 gestrichen und ihnen erst rückwirkende Kraft vom 1. April 1909 ab beigelegt.

Oberbürgermeister Dr. Schmieding-Dortmund erstattet Bericht über die Kommissionsverhandlungen. Die Kommission habe ein besonderes Wohnungsgeldzuschußgesetz abgelehnt, weil man die Regelung der Wohnungsgeldzuschüsse im Reich abwarten wolle. Eine unterschiedliche Behandlung von Reichs- und Staatsbeamten auf diesem Gebiete hätte Unzufriedenheit erregen können. Aus fast allen Städten hätten Anträge vorgelegen, in höhere Tariffklassen versetzt zu werden. Diese Anträge waren jedoch abgelehnt, da sie gar nicht zu bewilligen waren. Deshalb habe die Kommission zu dem Ausweg gegriffen, lieber die alten Tariffklassen beizubehalten und sie in das Manteluff aufzunehmen. Sie sollten Entgelt haben bis zum Erlaß eines neuen Gesetzes über den Wohnungsgeldzuschuß und dieses Gesetz werde in Preußen erlassen werden, wenn die Regelung im Reich erfolgt sei. Er bitte um Annahme der Kommissionsbeschlüsse.

Es findet zunächst eine Generaldiskussion statt.

Graf von Mirbach.

Wir befinden uns in einer Situation, wie noch niemals in diesem Hause. Wegen einer Belohnungsaufbesserung müssen wir dem Lande schwere Lasten auferlegen. Esogar besondere Steuerzuschläge sind notwendig. Das Abgeordnetenhaus hat nun diese Steuerzuschläge in § 7 als vorübergehende Maßregel bestimmt, während unsere Kommission sie dauernd festlegen will. Ich bitte Sie, dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses zuzustimmen. Diese Zuschläge sollen nur so lange in Gültigkeit bleiben, bis eine organische Neuordnung der direkten Staatssteuern in Preußen erfolgt sein wird.

Nun zur Reichsfinanzreform! Ich habe früher einmal gesagt, daß eine harte Majorität gegen die Erbschaftsteuer ist. Ich halte mit meiner persönlichen Meinung durchaus zurück. Sie darzulegen, habe ich gar keinen Anlaß. Die Erbschaftsteuer hat allerdings den Vorzug, daß sie nicht in die direkten Steuern von Preußen eingreift. Aber natürlich ist die doch weiter nichts als eine in gewissen Zeiträumen erhobene direkte Steuer. Meine politischen Freunde beklammern diese Steuer nicht, nicht aus irgend welcher Besorgnis oder aus irgend einem Haß gegen unser Vaterland, sondern aus rein-fachlichen Gründen. Etwas anderes wäre auch mit der Geschichte der konservativen Partei nicht in Einklang zu bringen. Ich will hier nur, ohne auf die Sache weiter einzugehen, meinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck geben, daß derartige Angriffe gegen die konservative Partei wegen ihres Verfallens gerichtet werden. Die konservative Partei hat schon das große Opfer gebracht, daß sie von dem konservativen Prinzip, daß nur die indirekten Steuern dem Reich zufließen sollen, zurückgetreten ist. Sie hat hier dem Volksgedanken ein Opfer gebracht, indem sie nun auch zu einer Besteuerung des Volkes bereit ist. Unschätzbar ist deshalb die Stellung meiner politischen Freunde nicht, zumal sie jetzt den Bemerk erbracht haben, daß sie auf einem anderen Wege, der ihnen besser zu sein scheint, bereit sind, dieses sehr erhebliche Opfer zu bringen. Wer sind aber diejenigen, die die Steuerreform im Reich auf das Verheerliche gestrichen? Das sind diejenigen, die im ganzen Lande Lärm schlagen und zu einer

Menge sprechen, die davon gar nichts versteht. Fragen Sie einmal in einer Volkerversammlung die Zuhörer, was sie von den Fragen verstehen. Zu meinem Lebensjahre waren kann ich unsere großen Gelehrten die ...

Die Worte des Grafen Mirbach dürfen nicht unwiderrprochen bleiben. Die linksstehende Presse hat nur auf den scharfen Ton geantwortet, der vom Bund der Landwirte angeschlagen wurde. Wie man in den Wald hineinruft, so hallt es zurück. Die von den Konfessionsparteien im Reichstage vorgeschlagene Wertzuwachssteuer ist kein Erfolg für die Christenheit. Hebrigen machen auch die Kommunen an dieser Steuer. Ich habe, was die Frage der Reichswertzuwachssteuer überhaupt angeht, nicht zu sagen. Wenn die Reichswertzuwachssteuer ...

Professor Dr. v. Schmolzer-Berlin: Es ist durchaus nicht angebracht, hier eine Debatte über die Reichswertzuwachssteuer zu eröffnen. (Sehr richtig.) Die Reichswertzuwachssteuer ist die Gegenstand. Ich will nur die Bemerkung zurückgeben, die gegen mich erhoben worden sind. Professor Delbrück hat das, was Graf Mirbach behauptet hat, in keiner Weise gelogt, er hat den Großgrundbesitzer nicht den Vorwurf der Unredlichkeit gemacht. Wenn er sich zuerst unvorsichtig äußerte, so hat er seine Worte später deklariert. Ich glaube, daß Professor Delbrück hat, weil er eine Frage angeht, die über kurz oder lang verhandelt werden muß. Unsere heutige Einkommensteuer ist unvollkommen, sie muß reformiert werden. Nun zu meinem verehrten Freunde Adolf Wagner. Der allgemeine Eindruck von dem, was er in der Versammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer erfahren hat, ist in der ganzen öffentlichen Meinung ein ungewöhnlich ungünstiger gewesen. Ich habe schon neulich betont, daß, wenn die Meinungsäußerungen in der Öffentlichkeit zu außerordentlich scharf wurden, diese Versammlung und die Behandlung Adolf Wagners schuld daran waren. Adolf Wagner ist eine unserer größten Finanzautoritäten. Er versteht sich auf die Steuer, als das, was alle Finanzmänner verstanden haben. Mir aber ein Vorkämpfer der Erbschaftsteuer. Wenn er dafür eingetreten ist, so war das kein gutes Recht und seine Fiktion als Mann der Wissenschaft. Es kann ihm kein Vorwurf gemacht werden. Ich bin überzeugt, daß wir über kurz oder lang zu einer tüchtigen Erbschaftsteuer kommen werden, wie sie alle Kulturländer der Welt haben. Als in England Pitt zum ersten Male eine ausgiebige Erbschaftsteuer einführte, war es dem Grundbesitz noch gelungen, davon frei zu kommen. 50 Jahre später wurde auch er erheblich herangezogen. Und es hat ihm nicht geschadet. Zu dieser Steuer werden auch wir kommen, denn dieser Weg ist der beste. Eine Reichswertzuwachssteuer halte ich nicht für richtig. Im wenigsten aber liegt sie im Interesse des Grundbesitzes. (Beifall und Widerspruch.)

Vizepräsident Dr. Becker: Ich möchte doch anheimgeben, allmählich zum Thema zurückzukommen. (Seitert.) Graf Mirbach verliest den Brief, den er aus Anlaß der Vorgänge in der Versammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer an den Professor Adolf Wagner gerichtet hat. Er verweist darin auf einen Artikel der 'Täglichen Rundschau' und gibt der Erwartung Ausdruck, daß Professor Wagner der Darstellung, als ob es sich um 'landsübliche Vorgänge' gehandelt habe, widersprechen werde. Weiter heißt es in dem Briefe: 'Mitten tue ich Sie darum nicht, ich weiß nicht, wohin dieser Zeitungsstempel führen soll, an dem die sozialdemokratische Presse ihre helle Freude hat und wobei die liberalen Blätter gegen uns die schärfsten, um nicht zu sagen, niederträchtigen Angriffe richten. Ich glaube nicht, daß Es. Exzellenz den Eindruck gehabt haben kann, daß Sie von den Vertretern der deutschen Landwirtschaft einfach niedergehört und niedergetrampelt seien. Die Diskussion war lebhaft und scharf, aber nach meiner Auffassung und Kenntnis parlamentarischer Diskussionen durchaus nicht zu scharf. Ein beleidigendes Wort ist von keiner Seite gefallen. Das Vorgehen und die Siedung von einer Ecke des Saales war nicht zu erhehlen, die Darstellung der Presse ist eine deutliche, abschließende Entstellung der Tatsachen.'

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Zur Spezialberatung liegt ein Änderungsantrag v. Wobels-Piesdorf und Dr. Hamm-Bonn vor, der für den Wohnungsgeldzuschuß die Tarifklasse des Abgeordnetenhauses bestehen lassen will, dagegen die vom Abgeordnetenhause beschlossene neue Ortsteileneinteilung ablehnt und die alte Ortsteileneinteilung beibehält. Außerdem beantragt er, zur neuen Bestimmung in das Wohnungsgeldzuschußgesetz aufzunehmen. Die eine geht dahin, daß der Reformminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister zu bestimmen hat, in welche Ortsteilklasse ein in der Ortsteileneinteilung nicht enthaltener Ort, an dem jeweilige Beamte ihren dienstlichen Wohnsitz haben, gehört. Die zweite Bestimmung ermächtigt das Staatsministerium, bei hervortretendem Bedürfnis in besonderen Ausnahmefällen die Einteilung einzelner Orte oder Ortsteile in eine andere Ortsteilklasse anzuordnen. Ein Antrag Hamm-Bonn will weiter die rückwirkende Kraft vom 1. April 1908 wiederherstellen.

Dr. Wobels-Piesdorf begründet seinen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die Beschlüsse der Herrenhauskommission über die Wohnungsgeldzuschüsse vielleicht den kleinen Städten entgegenkäme, daß sie aber für die Großstädte direkt nachteilig seien.

Finanzminister Herr v. Rheinbaben: Auch ich kann Sie nur um Annahme des Antrages v. Wobels-Piesdorf bitten. Der Beschluß Ihrer Kommission ist erst in zweiter Lesung gefaßt worden und nur mit einer Stimme Majorität bei Abwesenheit von drei Mitgliedern. In überaus umfassenden und mühseligen Arbeiten ist für jeden einzelnen praejudizierten Ort ermittelt worden, welchen Aufwand die Beamten, die in ihm wohnen, für ihre Wohnungen zu machen haben. Als wir diese Aufstellung dem Abgeordnetenhause vorlegten, befanden wir uns in einer sehr mißlichen Situation, da die Regelung der gleichen Angelegenheit im Reich bevorstand. Wenn im Reich ein anderer Wohnungsgeldzuschuß gefaßt werden würde, als in Preußen, so wäre das ein unheilvoller Zustand. An sich wäre es also vom praejudizierten Standpunkt aus das erwünschteste gewesen, wir hätten mit der Regelung des Wohnungsgeldzuschusses gemartet, bis im Reich die Sache abgeschlossen war. Dann aber hätten wir auch die ganze Regelung der Besitze der Beamten und der Deckungsfrage bis dahin hinausziehen müssen, und das hätten die Beamten mit Recht bitter empfinden müssen. Deshalb hatten wir in Preußen die neue Einteilung vorgenommen, über die aber das Abgeordnetenhause hinausgegangen ist insofern, als es beschlossen hat, daß für keinen Ort eine Detarifizierung eintreten dürfe. Würden wir diesem Antrage nachkommen, dann müßte für eine große Anzahl von Orten, die jetzt in eine höhere Klasse verlegt würden, später, um eine Uebererstattung mit dem Reiche zu erzielen, wieder eine Herabsetzung stattfinden. Deshalb ist es augenfällig das beste, daß wir uns weder für den Beschluß des Abgeordnetenhauses erklären, noch warten, bis das Reich die Sache gemacht hat. Wir nehmen als Provisorium die alte Ortsteileneinteilung mit der Vorbehalt, eine anderweitige Regelung vorzunehmen, wenn erkennbar ist, wie die Regelung im Reiche erfolgen soll. Die Sache Ihrer Kommission bitte ich dagegen, nicht anzunehmen, da sie den kleinen Orten zu viel und den großen Orten zu wenig Wohnungsgeldzuschuß gibt. Wir haben bei der Aufstellung der neuen Ortsteileneinteilung gerade die Erfahrung gemacht, daß in kleineren Städten die Beamten mit dem Wohnungsgeldzuschuß ihre Wohnung voll bezahlen können, während in den Großstädten der Wohnungsgeldzuschuß für die Miete nicht ausreicht. Nach den Beschlüssen Ihrer Kommission würde für die unterste Klasse E eine Aufbesserung von 60 Proz. erfolgen gegen 33% nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses. Nun ist aber der Wohnungsgeldzuschuß für diese Klasse erst 1906 um 50 Proz. aufgebessert worden. Für Klasse A dagegen, zu der die teuersten Orte gehören, um also das größere Bedürfnis deckt, hat Ihre Kommission die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses von 33% auf 50% nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses auf 20 Proz. herabgesetzt. Nun hätte ich es für unbillig, wenn ein Schwamm in Zahlen z. B. ebenbürtig Wohnungsgeldzuschuß bekommen wie in Berlin oder Frankfurt a. M. Ich bitte Sie, sich vor Augen zu halten, daß z. B. die Regierungsärzte, die eine sehr minimale Gehaltsaufbesserung bekommen haben, ausschließlich in den größeren Orten wohnen. Gerade aber für diese Beamtenkategorie ist der Wohnungsgeldzuschuß die einzige Aufbesserung. Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie, den Beschluß Ihrer Kommission, der übrigens für eine Verbilligung mit dem Reich den denkbar ungeeignetsten Weg darstellt, abzulehnen und den Antrag von Wobels-Piesdorf anzunehmen.

Vizepräsident Dr. v. Rheinbaben: Ich freue mich, daß allgemein die Anschauung hervorgetreten ist, daß es nicht angelegentlich ist, eine ganz neue Ortsteileneinteilung jetzt vorzunehmen, wie sie im Abgeordnetenhause unter einem Bettrennen aller Beteiligten zustande gekommen ist. Es ist ferner, daß manche Kommunen darauf stolz sind, in eine hohe Ortsteilklasse zu kommen. Ich kann mir z. B. nichts Wichtigeres denken, als dafür zu sorgen, daß die Wohnungserhältnisse ihrer Stadt möglichst günstig werden, daß diese in die niedrigste Tarifklasse kommt.

Oberlandesgerichtspräsident Hamm-Bonn empfiehlt den Antrag Wobels-Piesdorf zur Annahme. Die Vorschläge der Kommission sind nicht annehmbar. Graf Hint z. Finkenstein: Die Kommission hat ihre Beschlüsse wohlweislich überlegt und die Interessen der Beamten wahrgenommen. Daran sollten wir festhalten. Staatssekretär a. D. von Koller: Ich kann dem Vorredner nicht zustimmen und bitte Sie, dem Vorschlage des Grafen Wobels-Piesdorf beizutreten. Die ganze Materie hätte überhaupt erst geregelt werden dürfen, wenn die Verhältnisse im Reiche klar lagen. Die Änderungsanträge des Grafen Wobels-Piesdorf und mit ihnen der § 1 werden mit großer Majorität angenommen, ebenso der § 2. Zu § 3 begründet

Oberlandesgerichtspräsident Hamm-Bonn seinen Antrag, der die rückwirkende Kraft auch für den Wohnungsgeldzuschuß vom 1. April 1908 an festlegen will. Es ist ein Widerspruch, daß man die Befreiungsaufbesserung vom 1. April 1903 zurückdatieren, aber dieses nicht beim Wohnungsgeldzuschuß machen will. Dieser Unterschied ist mir unklar. Der eine oder der andere soll gelöst haben, die Beamten haben ja schon die Wohnung bezahlt. Dasselbe könnte man bei den Befreiungen sagen, die Leute haben ja schon gelebt. In der Tronrede, wie auch nachher vom Vizepräsidenten des Staatsministeriums von Bethmann-Hollweg, ist ausdrücklich die Versicherung gegeben worden, daß alle Aufbesserungen, also auch der Wohnungsgeldzuschuß unter allen Umständen vom 1. April 1908 an gelten sollen. Es ist ganz unmöglich, jetzt die Regierung bei dieser Versicherung im Stich zu lassen. Man würde es nicht verstehen und würde es mit der Autorität der Regierung nicht vereinbaren können, wollte man den Wohnungsgeldzuschuß erst von 1909 ab gelten lassen. Nachdem alles darauf eingerichtet ist, nachdem es versprochen worden ist, nachdem man die Beamten so lange vertriebt hat, kann das Herrenhaus nicht so

grauam sein, es jetzt den Beamten zu verlagern. Die Rede des Finanzministers gegen die wüste Agitation der Beamten war einem jeden von uns aus dem Herzen gesprochen. Aber man soll auch berechtigte Wünsche der Beamten erfüllen, zumal, wenn man es ihnen versprochen hat.

(Fortsetzung folgt.)

Ausland.

Das freudige Ereignis im Haag.

Die langgehegte Erwartung des holländischen Volkes ist endlich erfüllt. Nach achtjähriger Ehe ist dem Bunde der Königin mit dem Prinzen Heinrich von Mecklenburg-Schwerin die Thronerbin entproffen, was kurz bevor der Geburt das Fortbestehen der holländischen Dynastie den vorliegenden Bedingungen für die Königin Wilhelmina sowie für die junge Prinzessin das Beste erhoffen. Die Königin ist hieher frei und auch ihr Töchterlein erfreut sich der besten Gesundheit. Der offizielle Bericht über

das Finden von Mutter und Kind, der gestern nachmittag ausgegeben wurde, hat folgenden Wortlaut: 'Die Königin, die heute morgen 6 Uhr 50 Min. von einer Tochter entbunden wurde, ist den Verhältnissen nach sehr wohl; auch die junge Prinzessin befindet sich gut. gez. Prof. Rouwer. Dr. Koestling.' Weitere interessante Mitteilungen enthält die nachstehende Depesche:

Haag, 30. April. Die neugeborene Prinzessin wird Wilhelmine Emma Henriette heißen. Außerdem wird sie noch vierzehn Namen tragen. Die Gesundheit des Kindes ist vorzüglich. Die kleine Prinzessin ist blond, wiegt sieben Pfund. Die Königin ist sehr ermüdet und schlummert augenblicklich. Die Entbindung verlief normal, ohne Komplikationen. Prinzgemahl Heinrich teilte die Nachricht persönlich den Dienstboten des Schloßes mit. Die ungescheure Spannung, bei der das ganze holländische Volk fest Knäuen lagte, hat einem allgemeinen Freuden- ausbruch Platz gemacht. Ueber

Die Festimmung im Haag.

berichtet anschaulich das folgende Telegramm: Haag, 30. April. Ganz Haag prangt im Flagen-schmuck. Die beglückte Menge fällt Straßen und Plätze. Alle tragen orangefarbene Kolofaden, auch die Fremden. Tausende strömen nach Malindon, wo kurz nach 9 Uhr der erste der einundzwanzig Kanonenschiffe gestafen ist. Jeder der sich langsam folgenden Schiffe wird vor der Mündung begrüßt. Um 9 Uhr begannen die Herolde in ihren Ritten durch die Stadt; in Gruppen von drei machen sie auf allen Plätzen Halt. Trompetensignal ertönt, dann verliest ein Herold die Antündigung der Geburt der Prinzessin, ein neues Signal und die Herolde legen den Weg fort. Schulfinken, die heute freien Tag haben, durchziehen mit dem Ranzen die Straßen, beschnippen hier und da Leute ohne Drangbegehren, stellen wütend an den Säulchen, die nicht beflaggt sind. Großen Erfolg hatte ein fahnenge schmücktes Plafatautomobil mit dem reichen Extrablatt des Saages Blattes, 'de Nieuwe Courant'.

Faß alle Arbeiter und Angestellten in den Behörden erhielten Erlaubnis, die Postämter, Bureaus und Geschäfte zu verlassen. Die Beglückung ist christlich. Die Pferde im Haag tragen Orangefarben, die Kutscher schmücken ihre Reithen mit orangefarbenen Schleifen. Viele Hunde kolozieren im Schmutz orangefarbener Bänder umher. Auf Damenhüten, an Herrenschultern, überall leuchtet die Orangefarbe.

Mohammed V. beim Selamlık.

Der erste Selamlık (das offizielle Gebet des Sultans, das jeden Freitag mit großem Pomp vollzogen wird), fand gestern unter großer Begeisterung der Zehntausende von Zuschauern in der Hagia Sophia statt. Der Sultan trug die prägnanteste Uniform der Selamlık Geneside. Er grüßte während der Hagia lebhaft nach allen Seiten. Die Hund- und Küchlerer erfolgte bis zum alten Geröll zu Wasser, dann im Wagen. Dem Sultan lag im Wagen nicht, wie erwartet, der Großwesir Tewfik Pascha, sondern Glasi Mustafa gegenüber. Am Selamlık nahmen ferner der Bruder und die Söhne des Sultans teil. Auf der Straße und vor der Hagia Sophia waren keine erheblichen Abperungen vorgenommen worden.

Das Schicksal Abdul Hamids bleibt noch immer ungewiß. Interessant ist, was Fran Mann Moore, die Gattin des bei den Strafenkämpfen verurteilten englischen Journalisten, die für ihren Mann die Versprungen ist, aus Konstantinopel telegraphiert. 'Ich erfahre', so heißt es in dem Telegramm, 'aus zuverlässiger Quelle, daß Abdul Hamid wegen des Scheriazits prozessiert werden wird. Es ist nicht beabsichtigt, ihn zu töten. Denn das Scheriazit-Verbrechen ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das nicht durch ein hohes Gericht abgeurteilt werden kann. Das ungarische Komitee hat offenbar die Absicht, Abdul Hamid die großen Schätze abzunehmen, die er aus den Staatsrenten für seinen Privatgebrauch zurückbehalten hat.'

Berichtsverhandlungen.

Friedberg-Bohn-Prozess.

(Nachdr. perth.) S. u. H. Berlin, 29. April. Im Friedberg-Bohn-Prozess sind heute die Plaidoyers der Beteiligten zu Ende gegangen. Rechtsanwalt Dr. Wislizen, der Verteidiger Bohns, nahm für seinen Klienten den guten Glauben bezügl. in Anspruch, daß er Friedberg für einen vermögenden Mann halten konnte. Im übrigen liegt die Merkmals des Betruges in keiner Weise gegeben. Der Vorsitzende teilte darauf mit, daß das Urteil Sonnabend mittag 12 Uhr verkündet werden solle.

Saale-Dampfschiffahrt
Sonnabend, d. 24. d. Mts., nach Neu-Bauesoy, Karf. Donnerst. Rückfahrt 17 Uhr abends.

Die Rubrik in Kursbuch... Die Rubrik in Kursbuch... Die Rubrik in Kursbuch...

Berliner Börse, 30. April 1909

Montag, den 30. April 1909... Berlin, Bankdiskont 3 1/2 % Lombarddiskont 4 1/2 % Privatdiskont 1 1/2 %

Main table of stock prices and market data, organized into columns for various sectors like 'Industrie-Aktien', 'Bank-Aktien', and 'Deutsche Hypoth.-Bank'. Includes sub-sections like 'Schiffbau-Aktien' and 'Wesselskurse'.

